

GREGOR GYSI

Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel

Israel begeht in diesem Jahr den 60. Jahrestag seiner Existenz. Wenn in Deutschland auf diesen Jahrestag Bezug genommen wird, dann ist dieser Anlass nicht nur ein Grund für Feierlichkeiten, sondern auch des Gedenkens. Parallel zu den Feierlichkeiten Israels ist dieses Jahr zugleich der 75. Jahrestag der Machtübernahme der Nationalsozialisten und der damalige Beginn der Verfolgung und Diskriminierung der Jüdinnen und Juden, angefangen mit den Nürnberger Rassegesetzen, die in Pogromen und schließlich in die systematische, fabrikmäßige Ermordung von 6 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden mündete.

Schon diese beiden Daten weisen auf die besonderen Beziehungen Deutschlands und somit auch auf die besondere Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel hin.

Und um Letztere geht es in meinem Beitrag, denn die Haltung der Linken zu Israel ist keineswegs so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es besteht also durchaus Klärungsbedarf in der Linken, auch in der Partei DIE LINKE, zu dem ich an dieser Stelle beitragen möchte.

1. Was wir von Clausewitz über Krieg und Frieden lernen können

Ich darf mich hier zu einem Thema äußern, das wohl nicht nur mir am Herzen liegt. Dieses Thema „Die Linke und der Staat Israel“ ist mehr als nur facettenreich. Im Rahmen einer Rede – die natürlich keine Studie ist – kann diesbezüglich kaum etwas anderes geleistet werden, als Dinge zu unterschlagen, die andere für absolut relevant halten, und wahrscheinlich tun sie das auch zu Recht.

Mich interessieren aber die politischen Diskussionen über Israel, weil ich meine, dort Verhärtungen sehen zu können, die erstens niemandem weiterhelfen und die

zweitens von problemorientiertem Handeln ablenken. Insbesondere letzteres ist für das Projekt DIE LINKE nicht produktiv.

Die folgende Überlegung ist dem Begriff des Krieges gewidmet. Denn immer, wenn Linke sich zum Staat Israel äußern, müssen sie auch Stellung nehmen zu den Kriegen, an denen Israel beteiligt ist. Über Israel sprechen und die stetige Präsenz seiner Vorgeschichte und Geschichte, ist eben auch eine Gewaltgeschichte, die nicht ausgeblendet werden darf.

Dazu möchte ich einige Anleihen bei Clausewitz machen, und zwar aus zwei Gründen:

1. Anstatt eine Konfliktpartei als einsamen Akteur mit eindeutig festgelegten Präferenzen aufzufassen, muss ein realistisches Bild des Krieges den hohen Grad an Komplexität eines gewaltsamen Konflikts erfassen. Alles andere wäre naiv.

2. Es erstaunt mich in diesem Kontext ein wenig, dass Clausewitz' Philosophie des Krieges, die ja durch Marx, Engels, später auch durch Luxemburg und Lenin rezipiert und in ihr jeweiliges Denken integriert worden ist, bei bestimmten Konfliktbeurteilungen für die Linke keine Rolle zu spielen scheint. Wie beim Nahostkonflikt. Gerade bei dem israelisch-arabischen Konflikt habe ich den Eindruck, dass unsere Konfliktbeurteilungen in einem Gut-Böse-Schema implodieren. Auch die Marxistinnen und Marxisten, auf die wir uns sonst immer noch gern beziehen, hätten dafür allenfalls ein – überhaupt nur wenig mildes – Lächeln übrig gehabt.

Für diese Tendenz zur einseitigen Parteinahme, bevor Konfliktbeschreibungen stattfinden, gibt es eine Reihe von Gründen. Antimperialistische Theorien, die die Politik Israels als die eines aggressiven Imperialismus interpretieren und kritisieren. Dann ein eher freundliches Bild vom demokratischen Israel, das den Kontrast zu den wesentlich autoritär geprägten Nachbargesell-

schaften plastisch darstellt. Schließlich die Einfühlung in das Leiden insbesondere der palästinensischen Bevölkerung, und die Kritik an den Demokratiedefiziten Israels, die durch den Krieg gewiss nicht behoben werden, sich im Gegenteil durch ihn vertiefen. Dann muss leidenschaftlich Einspruch erhoben werden gegen die Tendenz, die Opfer des Terrors in der israelischen Gesellschaft aus dem Bewusstsein zu drängen; aber auch das ideologische Pendant zur antiimperialistischen Kritik, die so genannten „Antideutschen“, deren Hauptfeind ein sich unkenntlich machender Antisemitismus ist. Dieses bunte Durcheinander an Motiven bildet dann schon so etwas wie den matten Abglanz der Kompliziertheit einer Konfliktbeschreibung.

Ich meine, gemessen an der marxistischen Tradition, die man sicher auch kritisch sehen muss, offenbart das Verhalten einiger Mitglieder der LINKEN zu Israel und seinen Konflikten eine theoretische Regression.

Der moderne Begriff des Krieges, der bei Clausewitz seine volle Ausformung erhielt, bestimmt den Krieg bekanntlich als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg ist somit nicht der Gegenbegriff zur Politik. Das Politische am Krieg ist tatsächlich die Fortexistenz eines politischen Zwecks. Der Zweck des Krieges ist ein scheinbar doppelter: erstens den Feind zu schwächen, um ihn so einem Friedensabschluss geneigter zu stimmen (deswegen ist jeder Krieg vermeintlich eine „Friedensmission“), zweitens die Bedingungen zu verbessern, unter denen die in den Krieg führenden Zwecke verwirklicht werden können.

Da an einem Krieg aber mindestens zwei Parteien beteiligt sind, ist diese doppelte Zwecksetzung jeder Partei in irgendeiner Weise zu unterstellen. Das trifft nicht nur auf den klassischen Krieg zu, wie er zwischen Staaten geführt wird, sondern auch auf den „asymmetrischen“ Krieg, wie er zwischen einem Staat und Formationen, die keiner Staatlichkeit zugerechnet werden können, geführt wird.

Nahezu alle, die über Israel und den Nahostkonflikt sprechen, bekennen sich zum eher utopischen Zustand des gerechten Friedens. Es ist aber nicht immer so klar, worin der bestehen soll, unklar ist häufig schon, was Frieden sein soll.

Es ist vielleicht hilfreich, einige Anforderungen an einen Friedenszustand zu stellen.

1. Ein Friedenszustand muss sich dadurch auszeichnen, dass er kooperative Rationalität aufweist. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung muss zeigen können, dass jeder andere Zustand für mindestens eine der Parteien zu einem schlechteren Ergebnis führt als der Friedenszustand. Es muss also ein kooperatives Optimum existieren.

2. Falls eine Kosten-Nutzen-Rechnung zeigen sollte, dass mindestens eine Konfliktpartei ein einseitiges Maximum erzielen könnte, das für diese Partei „besser“ wäre als das kooperative Optimum, letzteres also mit einem „Kooperationsopfer“ belastet wäre, entstünde kein stabiler Zustand.

Es gibt daher mindestens drei mögliche Zustände. Im ersten Fall gibt es kein Optimum. Im zweiten Fall gibt es zwar das Optimum, es ist aber nicht stabil, im dritten Fall gibt es das Optimum und es kann stabilisiert werden. Im Rahmen dieser Fallunterscheidung spricht manches dafür, dass der Konflikt im Nahen Osten unter den ersten, gelegentlich den zweiten Fall eingeordnet werden kann.

Nur der letztere Zustand sollte aber als echter Friedenszustand angesehen werden.

Aber dieses Bild, das ich hier zeichnete, leidet unter, wenn ich mich so paradox äußern darf, einem exzessiven Rationalismus. Auch Clausewitz würde mich dessen belehren. Das instrumentalistische Bild des Krieges, seine Deutung als politisches Werkzeug ist bei ihm das eine.

Er fällt so, wie Clausewitz sagen würde, dem bloßen Verstand anheim. Der Krieg hat aber auch ein Moment, das befremdlich feingeistige Menschen bewogen hat, ihn zu den Künsten zu zählen – der Begriff der Kriegskunst ist aus der Antike bis in die Frühmoderne überliefert.

Clausewitz geht hier auf das Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls ein, das den Krieg einer freien Seelentätigkeit ähnlich macht. Aber dieses Moment ist deshalb von Bedeutung, weil aufgrund dieser Wahrscheinlichkeiten sich die rationalen Kriegsziele ändern können.

Schließlich ist da noch jenes Element, das das eben skizzierte Bild so scheinbar weltfremd macht: Hass und Feindschaft, die Clausewitz als blinden Naturtrieb zu kennzeichnen versucht.

Heute würden wir wohl von Ideologie sprechen. Um die Bevölkerung in einen Krieg zu führen, müssen die Kriegsziele als etwas darstellbar sein, was die ganze Bevölkerung angeht. Emotionen müssen mobilisiert, euphorische Zustimmung ermöglicht werden. Der Ausbruch aus dem zivilisierten Alltag in die praktisch nicht zu hemmende Brutalität des Krieges ist zwar immer möglich, wenn es das von Freud so genannte Unbehagen an der Kultur geben sollte. Aber diese Hürden müssen auch erst einmal genommen werden.

Obwohl diese drei Momente – die Rationalität des politischen Zwecks, die Elastizität des Taktischen bei der Verfolgung der Militärstrategie und die Irrationalität der ideologischen Mobilmachung ineinander greifen, haben sie auch die Tendenz zur Verselbständigung gegeneinander.

Die Entfesselung eines Hurra-Patriotismus vermag auch einmal hinderlich dafür zu sein, rational gebotene Zurücknahme von Kriegszielen durchzusetzen. Und der „spielerische“ Eigensinn militärischer Strategieplanung und -umsetzung befindet sich auch im latenten Dauerkonflikt mit Stimmungslagen und politischen Zielsetzungen.

Das sind alles nur Andeutungen, die aber zeigen, wie kompliziert ein realistisches Bild vom Konflikt sein kann. Vereinfachungen sind da wirklich kein Beitrag.

Der größte Fehler wäre es wohl, hier allzu grob Schneisen schlagen zu wollen. Die meine Überlegungen leitende Frage dabei ist die Frage der politischen Handlungsfähigkeit der LINKEN. Hier wie sonst gilt wohl ein Primat des Praktischen vor der Theorie. Entscheidend ist: Wie lässt sich politische Konsistenz herstellen, ohne der Versuchung zu erliegen, wieder zum groben Keil der unzulässigen Vereinfachung zu greifen? Es ist daher sicher nahe liegend, wenn ich schon vor Vereinfachungen warne, einige Orte der Vereinfachungen zu benennen.

2. Über die Tauglichkeit antiimperialistischer Theorien in Bezug auf Israel

Die Versuchung zur Vereinfachung ist immer da, und sie ist auch nicht unverständlich. Sobald wir politisch handeln, bedürfen wir eines Orientierungsrahmens, der natürlich an bestimmten Punkten immer vereinfacht, dessen begriffliche Artikulation dann aber auch mit einem Wissensanspruch auftritt. Wenn dieser Wissensanspruch dann aber in Konflikt gerät mit Normen wissenschaftlicher Rationalität, ist auch die Versuchung da, den Wissensanspruch durch Ideologisierung zu verteidigen.

Besonders hartnäckig sind dann solche Orientierungsrahmen, die durch eine lange Tradition fast schon geheiligt sind. Ich möchte das nur anhand einer solchen Tradition verdeutlichen: der Tradition des Antiimperialismus. Die Einsprüche liegen natürlich auf der Hand, nicht zuletzt der: Warum nicht noch eine andere Tradition, eine konträre etwa. Die Antwort darauf ist: Die Gegenkonzepte zum Antiimperialismus sind nicht ehrwürdig. Deswegen würdige ich sie nicht, erwähne sie höchstens im Vorbeigehen.

Der Begriff des Imperialismus ist vor allem in marxistischen Diskussionszusammenhängen erörtert worden. Gegen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts haben marxistische Theoretiker den Versuch unternommen, die sich verstärkenden Tendenzen einer aggressiven

Außenpolitik der führenden kapitalistischen Nationen vor dem Hintergrund tief greifender ökonomischer Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären.

Die ökonomische Basis des Imperialismus war aus Sicht des damaligen marxistischen Denkens in der Rolle der Kolonien als Absatzmarkt und Rohstoffquelle zu lokalisieren. Insbesondere die schon bei Marx selbst angelegte Deutung der Monopolisierungstendenz des Kapitals als „Reaktion“ auf den tendenziellen Fall der Profitrate sollte plausibel machen, dass der moderne bürgerliche Staat auf die Konzentration ökonomischer Macht in den Monopolen mit immer größerer „Empfänglichkeit“ für die politischen Interessen nach Sicherung der Absatzmärkte und Rohstoffquellen reagierte.

Es lag daher durchaus in der Logik der marxistischen Revolutionstheorie, die ja zu einem guten Teil auf einer ökonomischen Krisentheorie basierte, die politische Form der Durchsetzung kapitalistischer Reproduktionsimperative, eben den Imperialismus, zu bekämpfen.

Der Antiimperialismus sollte die ökonomische Dauerkrise des Kapitalismus in eine politische Krise transformieren und den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen. Insofern ist der Antiimperialismus die damals aktuelle Form des Kampfes um den Sozialismus gewesen.

Spätestens aber mit dem Eintritt der kapitalistischen Entwicklung in die „fordistische“ Phase hat die Bedeutung der Kolonie als Absatzmarkt nachgelassen, da gerade der Binnenmarkt in seiner Bedeutung für die kapitalistische Akkumulation zugenommen hatte. Das hat dann auch die Dekolonialisierung enorm beschleunigt.

Die ehemaligen Kolonien behielten freilich eine wichtige ökonomische Funktion bei: die des Lieferanten von Rohstoffen. Eine Zeit lang gab es im Marxismus dafür auch den nicht ganz unzutreffenden Terminus des „Neokolonialismus“. Die ehemaligen Kolonien wurden und werden – aufgrund ungleicher *terms of trade* – in einer ökonomischen Abhängigkeit von den entwickelten Nationen gehalten.

Der Unterschied zum Kolonialsystem ist allerdings der, dass die politischen und ökonomischen Eliten dieser ehemaligen Kolonien, obwohl als Staat konstituiert, häufig ein eigenes Interesse an dieser neokolonialen Situation haben. Rückblickend kann man sagen, dass die Hoffnungen auf soziale Emanzipation, die mit der Dekolonialisierung verbunden waren, sich wohl kaum erfüllt haben dürften.

Stellt man das in Rechnung, dann muss wohl eingeräumt werden, dass die antikapitalistischen Motive, die die linken Sympathien für die Nationalen Befreiungsbewegungen getragen haben, sich nicht selten als bloße Ideologie, als ein falsches Bewusstsein, entpuppt haben. Die praktische Wirklichkeit der erfolgreichen Nationalen Befreiungsbewegungen belehrt häufig recht eindringlich, dass durch die ökonomische Entwicklung des

Kapitalismus die innige Verklammerung von Antiiperialismus und Sozialismus aufgelöst worden ist.

Die Veränderungen jetzt in Lateinamerika bestehen kaum im nationalen Befreiungskampf durch entsprechende Bewegungen. Das alles sagt übrigens nichts gegen nationale Befreiungsbewegungen, sondern nur etwas gegen die damit verbundenen Illusionen unserer Linken, die glaubten, dass diese Bewegungen auch die soziale Frage lösten.

Nun würde ich aber eine zweite Komponente im Begriff des Antiiperialismus nicht unterschätzen wollen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Herausbildung des sowjetisch dominierten Staatssozialismus überformte der Ost-West-Konflikt das gesamte System internationaler Beziehungen. Dieser Konflikt erscheint zum einen als „Kalter Krieg“, also stets als ein an der Grenze zur kriegesischen Eskalation sich bewegnender Nicht-Krieg, er erscheint aber auch als blutiger Konflikt in Gestalt zahlloser Stellvertreterkriege, „linker“ und „rechter“ Umstürze usw.

Insbesondere junge Staaten, die gerade erst in den Genuss der politischen Unabhängigkeit kamen, wurden faktisch vor die Entscheidung gestellt, welcher Weltmacht sie ihre Zukunft anvertrauen sollten. Denn materielle Ressourcen zum Aufbau eigener staatlicher Institutionen gab es nicht für umsonst. In dieser Konstellation zeigten sich interessante Modifikationen im Begriff der Nationalen Befreiungsbewegung und des Antiiperialismus:

Aus sowjetischer Sicht war „Nationale Befreiungsbewegung“ ein Gütesiegel. Nur diejenigen antikolonialen Bewegungen bekamen allerdings dieses Gütesiegel zugestanden, die ein Bündnis mit der Sowjetunion eingingen. Der Antiiperialismus (und „antiimperialistisch“ sollen die „Nationalen Befreiungsbewegungen“ ja auf jeden Fall sein) wird so des einstigen politökonomischen Kontextes enthoben und machtpolitisch auf die Ausrichtung innerhalb des Ost-West-Konflikts bezogen.

Gerade aufgrund des Zusammenspiels der Veränderungen in der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus einerseits und der Betonung der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken andererseits tritt im Begriff des Antiiperialismus die Komponente des Sozialismus allmählich hinter die machtpolitische Komponente – Kampf gegen die USA und ihre Verbündeten – zurück.

Heute, nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, fehlt dem Begriff des Antiiperialismus die machttheoretische Komponente – nachdem der politökonomischen Ursprungskomponente vorher schon die sachliche Substanz entzogen wurde.

Zusammenfassend würde ich also behaupten wollen, dass der einstige Antiiperialismus in linken Diskursen, falls er es je konnte, nicht mehr sinnvoll platziert werden kann, obwohl die Kriege gegen Irak, Afghanistan und andere imperiale Ziele verfolgen.

Vereinfachend kann man sie imperialistisch nennen, muss aber wissen, dass zwar Abhängigkeiten, aber keine neuen Kolonien angestrebt werden und auch nicht entstehen.

Der Begriff des Imperialismus trifft aber auf Israel auf jeden Fall nicht zu.

3. Antiiperialismus und Antizionismus

Antiiperialismus und Antizionismus treten nun nicht zufällig in Mischverhältnisse. Als „Antiiperialismus“ noch den sozialistisch-revolutionär motivierten Kern aufwies, konnte da nicht viel vermischt werden. In dem Augenblick aber, in dem die machtpolitische Komponente des Antiiperialismusbegriffs in den Vordergrund trat und der Staat Israel sich im Rahmen der Ost-West-Konfrontation an der Seite der USA einfand, war scheinbar folgerichtig, dass auch Israel als imperialistischer Staat interpretiert wurde.

Da die Sowjetunion ihrerseits sich im Nahen Osten andere Verbündete suchte, kam es natürlich auch zum Ideologie-Export dorthin. Die sowjetische Parteinarbeit im Konflikt der palästinensisch-arabischen Bevölkerung und diverser arabischer Staaten mit Israel konnte so als Parteinarbeit im antiimperialistischen Kampf interpretiert werden.

Dadurch wurde der Antizionismus, das heißt der Kampf gegen den jüdischen Staat, aus der Perspektive der Sowjetunion immer auch schon vom Verdacht des Antisemitismus befreit.

Das sagt aber nichts darüber aus, ob bzw. wie weit antisemitische Einstellungen den arabischen Antizionismus prägen. Wenn die Linke heute die einstige Apriori-Sympathieverteilung beibehalten wollte, etwa aus einer Idee des alle verbindenden antiimperialistischen Kampfes heraus, dann wäre einiges klärungsbedürftig:

1. Was heißt heute „Antiiperialismus“?

2. Wenn Bewegungen wie die Hisbollah oder die Hamas als „antiimperialistisch“ gelten sollen und die antiimperialistische Apriori-Sympathieverteilung als gültig unterstellt wird: Verfolgen die genannten Bewegungen irgendein Ziel, das wir aus unseren politischen Überzeugungen heraus nicht teilen können? Falls ja, sollte das nicht ein Grund sein, die Apriori-Sympathievertei-

lung aufzugeben und stattdessen eine konkrete Konflikt -
beurteilung vorzunehmen?

3. Sind konkrete Konfliktbeurteilungen ohnehin nicht
hilfreicher für politische Stellungnahmen zu Konflikten
als abstrakte Vorentscheidungen?

Um es kurz zu machen: Ich sehe keine Möglichkeit,
konkrete Konfliktbeurteilungen mit abstrakten Vorent-
scheidungen auf irgendeine rational akzeptable Weise
verträglich zu gestalten.

Ich würde stattdessen ganz dezidiert darauf bestehen
wollen, dass alte linke Vorlieben, immer schon im Vor-
aus genau zu wissen, wer prinzipiell der Gute und wer
ebenso prinzipiell der Böse ist, endlich hinter uns gelas-
sen werden müssen. Vielmehr sollte uns ausschließlich
interessieren, wie Konfliktsituationen so bearbeitet und
in stabilere Zustände geführt werden können, dass der
Weg der militärischen Auseinandersetzung nicht bzw.
nicht wieder beschritten wird.

4. Über die deutsche Staatsräson

Die gesicherte Existenz Israels wurde von Bundeskanz-
lerin Angela Merkel in ihrer – recht einseitigen – Rede
in der Knesset als „Staatsräson“ bezeichnet. Einige
Jahre zuvor stellte der ehemalige deutsche Botschafter
in Israel, Rudolph Dressler, klar – ich zitiere:

*„Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen
Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staats-
räson“¹.*

Die Linke neigt zur Unterschätzung dessen, was man
„Staatsräson“ nennt. Schon allein der Umstand, dass
dieser Begriff von vielen dem Spektrum konservativen
Staatsdenkens zugeordnet wird, deutet darauf hin, dass
hier etwas unterschätzt wird, das eben nicht einfach eine
konservative Marotte ist.

Sicher wird bei der bloßen Nennung des Ausdrucks
„Staatsräson“ sofort die zynische Sentenz assoziiert, die
Friedrich dem Zweiten zugeschrieben wird: Rasonieren
könnt ihr so viel ihr wollt, aber gehorchen müsst ihr.

Ich sollte hier explizit machen, wie ich den Ausdruck
„Staatsräson“ verstehe. Danach möchte ich mich dazu
äußern, inwiefern sich auch DIE LINKE darum küm-
mern muss, was in Deutschland Staatsräson ist und wie
sie damit umgehen sollte. Darüber hinaus möchte ich
mich der Frage widmen, ob es denn überhaupt der Fall
ist, dass die Solidarität mit Israel deutsche Staatsräson

ist. Schließlich möchte ich dann etwas dazu sagen, was
es denn aus meiner Sicht für DIE LINKE bedeutete,
wenn die Solidarität mit Israel den Status einer Staats-
räson inne hätte.

Ich halte den Gebrauch des Ausdrucks Staatsräson
schon für statthaft – einfach als Anerkennung dessen,
dass es Vorrangregelungen in der Abwägung von
Rechtsgütern gibt, die beeindruckt sind von den tatsäch-
lichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen in einer
Gesellschaft.

Aber da es immer auch Macht- und Herrschaftsver-
hältnisse sind, die innerhalb von Rechts- und Staatsord-
nungen institutionell geronnen sind, ist ein kritischer
Gebrauch des Begriffs der Staatsräson angebracht. An
den Stellen, wo „Gemeinwohl“ nicht hinreichend über-
zeugen kann, müssen Moral oder andere praktische Ein-
sichten die legitimierende Rolle spielen.

Um es an zwei instruktiven Beispielen zu verdeutli-
chen: Das Grundrecht auf Schutz des Eigentums kann
eingeschränkt werden und wird auch eingeschränkt.
Das fängt schon mit der Besteuerung von Einkommen
an, reicht über die Möglichkeit der Enteignung (mit Ent-
schädigungsleistung) und gipfelt in der möglichen
Nationalisierung. Dagegen kann die grundgesetzliche
Einschränkung des Demokratieprinzips nicht mehr so
einfach durch materielle Reproduktionsinteressen des
Gemeinwesens gerechtfertigt werden; vielmehr wählen
die Verfassungsinterpretinnen und -interpreten hier gern
den Weg der *narratio*: die Lehren aus dem Untergang
der Weimarer Republik hätten gezeigt, dass das Demo-
kratieprinzip um der Erhaltung der Demokratie wegen
eingeschränkt werden müsse. Ich will das jetzt nicht
inhaltlich kommentieren. Es zeigt nur, dass die Begren-
zung selbst fundamentaler Verfassungsprinzipien nicht
unbedingt den Rekurs auf das „Gemeinwohl“ erforder-
lich macht, sondern sich anderer Ressourcen, wie etwa
einem historischen Lernprozess, bedienen kann.

Manchmal dienen auch stabile Rahmenbedingungen
internationaler Beziehungen dazu, etwas in den Stand
der Staatsräson zu erhöhen. Dazu hat einmal die ver-
meintliche Unverbrüchlichkeit der transatlantischen
Beziehungen gehört. Das galt unter den Bedingungen
von Kaltem Krieg und eingeschränkter außenpolitischer
Souveränität der Bundesrepublik. Beide Bedingungen
sind weggefallen. Seither wird die Unverbrüchlichkeit
der transatlantischen Beziehungen zwar immer wieder
aufs Neue beschworen, aber das skeptische Bewusstsein
sickert ein, dass „unverbrüchlich“ ja doch eben kein
exaktes Synonym zu „unzerbrechlich“ ist.

Unter genau diesem Gesichtspunkt muss sich DIE
LINKE damit befassen, was Staatsräson in unserer
Demokratie im Einzelnen bedeutet. Wo sich die Staats-
räson als vernünftig und akzeptabel darstellt, wo sich

¹ Dreßler, Rudolf, „Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen
Staatsräson, Essay“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/2005;
<http://www.bpb.de/publikationen/595V1M.html>

etwas verschieben oder aufgeben lässt, wo sie einfach hingenommen werden muss. Und all dies muss ernsthaft diskutiert werden, damit wirklich klar wird, was es für uns tatsächlich bedeutete, etwa in einer Bundesregierung mitzuwirken. Steht das, wo sich ein Akzent verschieben ließe, in einem akzeptablen Verhältnis zu dem, was wir nicht verändern können, was wir schlucken müssten?

Hier ist der Grat zwischen politischem Realismus und prinzipienlosem Opportunismus ganz besonders schmal. Aber völlig falsch wäre es, diesem Problem einfach auszuweichen.

Was hat das nun alles mit dem Staat Israel zu tun? Ich gebe zu, Sie mit einer so genannten „rhetorischen Frage“ zu überfallen, wirkt gerade unter Gesichtspunkten des schönen Stils eher hemdsärmelig; ich muss weiterhin zugeben, mit dem Staat Israel selbst hat das bisher gesagte offenbar auch nichts zu tun.

Aber das *Verhältnis* Deutschlands zum Staat Israel kann mit dem Stichwort „Solidarität mit Israel“ gekennzeichnet werden und hat auch den Status einer Staatsräson. In diesem Zusammenhang stellen sich sofort drei Fragen: Warum ist das so? Welche Legitimationsstrategie wird dabei verfolgt? Wie sollte sich DIE LINKE dazu verhalten?

Die Fragen nach dem Warum und nach der Legitimationsstrategie lassen sich an dieser Stelle natürlich nicht umfassend beantworten. Es müssen ein paar Stichworte genügen. Mit der Antwort auf das Warum möchte ich mich – wenn schon fragmentarisch, dann auch einseitig – auf die Machtinteressen in der internationalen Politik beschränken.

Der Staat Israel hätte den Akt seiner Ausrufung nicht lange überlebt, wenn er nicht durch die Supermächte USA und Sowjetunion umgehend anerkannt worden wäre und – anfangs insbesondere aufgrund der von vielen vergessenen sowjetischen und tschechoslowakischen Militärhilfe – sofortige militärische Unterstützung erfahren hätte.

Schon weil Israel unmittelbar nach seiner Gründung von sechs Staaten – Ägypten, Syrien, Irak, Libanon, Saudi-Arabien und Jordanien – angegriffen wurde, wurde dieser neue Staat für die USA und für die Sowjetunion interessant.

Egal, auf welche Seite man sich stellt, dabei sein ist alles. Das ist unter Machterweiterungsgesichtspunkten für eine Supermacht leider nun einmal sinnvoll. Das können Sie bei jedem großen Konflikt während der Ära der Blockkonfrontation sehen: Wenigstens auf einer Seite war immer wenigstens eine der Supermächte mit von der Partie. Deswegen erscheint mir übrigens die heute auch in der LINKEN gelegentlich anklingende Nostalgie bezüglich der scheinbar so übersichtlichen Weltlage während der Blockkonfrontation auf deplat-

zierte Art romantisch. Das war auch die Zeit der Stellvertreterkriege, der unerklärten schmutzigen Kriege, des Wettrüstens, des irrsinnigen Taumelns am Rande einer atomaren Katastrophe.

Aber zurück zu Israel. Für Israel war es überlebenswichtig, dass es Unterstützung fand. Die Sowjetunion ging aber bald auf Distanz (anscheinend war Stalin die Sympathie für Israel seitens der sowjetischen Juden etwas unheimlich) und orientierte sich einige Jahre später insbesondere auf Ägypten. Das wiederum hat mit Sicherheit dazu beigetragen, das amerikanische Interesse an Israel zu stärken. Die sich verfestigende Orientierung der USA auf Israel als einen der wichtigsten Bündnispartner in der Region konnte natürlich an der Bundesrepublik Deutschland nicht spurlos vorüber gehen.

Wie stark auch die damaligen politischen Eliten in der jungen Bundesrepublik noch durch die faschistische Vergangenheit Deutschlands geprägt gewesen sein mögen, das eine wird ihnen klar gewesen sein: dass die Bundesrepublik (wie ja auch die DDR) ein Staat mit höchst begrenzter außenpolitischer Souveränität war. Die politischen Eliten mussten die aus Amerika vorgegebene Linie akzeptieren.

Hinzu kommt, dass eine ethisch-moralische Reputation Deutschlands eine glaubwürdige Abkehr von nationalsozialistischem Gedankengut erforderte, um wieder erfolgreich in die staatliche Weltgemeinschaft, die für die BRD damals in der Westintegration bestand, aufgenommen und akzeptiert zu werden.

Es war Adenauer klar, dass *„die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhalten werden, die Feuerprobe der deutschen Demokratie sein wird“*².

Aber bereits seine Begründung dieser „Feuerprobe“ war durchaus noch antisemitisch geprägt.

*„Die Macht der Juden, auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher habe ich...meine ganze Kraft drangesetzt, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk“*².

Nach dem Wiedergutmachungsabkommen von 1953, dem so genannten Luxemburg-Vertrag, dem im Übrigen die SPD-Opposition im Bundestag geschlossen zustimmte, während nicht einmal die Hälfte der konservativ-liberalen Koalition für ihn votierte, dauerte es immerhin noch 12 weitere Jahre, bis die Bundesrepu-

2 Weingardt, Markus, „Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/2005; <http://www.bpb.de/publikationen/M9WU9T.html>

blik und Israel diplomatische Beziehungen zueinander aufnehmen – und das nicht aus inneren Einsichten und historischer Verantwortung heraus, sondern eher notgedrungen.

Denn es galt die Hallstein-Doktrin und die Bundesregierung befürchtete, dass im Falle einer Anerkennung Israels die arabischen Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Westdeutschland abbrechen und zur DDR aufnehmen würden. Erst nachdem heimliche Waffenlieferungen Westdeutschlands an Israel publik wurden, trat die damalige Erhard-Regierung die Flucht nach vorn an. Daraufhin brachen 10 der 13 Staaten der Arabischen Liga die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ab, um sie bis spätestens 1974 wieder aufzunehmen.

Damit dürfte deutlich geworden sein, dass die Staatsräson einer gesicherten Existenz Israels nicht zum Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland zählte, sondern vom Kalten Krieg überlagert wurde.

Es wäre geboten gewesen, dass sich die Haltung der DDR zum Staat Israel durch eine besondere Sensibilität ausgezeichnet hätte. Denn viele Überlebende des Holocausts verbanden mit der DDR eine neue Hoffnung. Aber die DDR-Führung brachte nur ein mangelndes Verständnis für die Sicherheitsinteressen Israels auf und betrachtete ebenso mangelhaft die aus der ewigen Mahnung der Shoa erwachsende spezifische deutsche Verantwortung gegenüber den Jüdinnen und Juden als singuläres Ereignis.

Indem sich die DDR als genuin antifaschistisch und als Nicht-Nachfolgestatt des „Dritten Reiches“ definierte, leitete sie daraus in fatalem Automatismus für sich ab, weder Schuld, noch Verantwortung für die durch Deutschland begangenen Verbrechen der NS-Herrschaft gegenüber den Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel übernehmen zu müssen.

Wenngleich es anfänglich Annäherungen zwischen der jungen DDR und Israel gab, kam es zu keiner Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zudem war die DDR in die Außenpolitik der Sowjetunion eingebunden, die nach 1948, als sie noch wesentlich zur Existenz Israels beitrug, ihre Haltung zu Israel veränderte.

Außerdem waren arabische Staaten die Ersten, die nach den staatssozialistischen Ländern bereit waren, die für die DDR so wichtigen diplomatischen Beziehungen herzustellen.

Erst unter der Regierung Hans Modrow begannen 1990 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel, die infolge des raschen Beitrittsprozesses hinfällig wurden. Die PDS hat in selbstkritischer Reflexion das diesbezügliche Versagen der DDR-Politik anerkannt, der eine ausgewogenere Haltung zum Staat Israel und zur Komplexität des Nahost-Konflikts fehlte.

Zurück zur Bundesrepublik Deutschland. Hier kommt die nächste Frage: Wenn das alles auch nur halbwegs stimmte, warum bröckelt mit dem bröckelnden Konsens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA nicht auch die Haltung Deutschlands zur Doktrin der Solidarität mit dem Staat Israel?

Meine Antwort ist: Weil die eben vorgetragene Sicht eben nur halbwegs stimmt, das heißt weil es nur die halbe Wahrheit ist. Die andere Seite ist doch die, dass machtpolitische Begründungen nie in reiner Form wirken. Man hat früher doch nie gesagt: Weil die USA nun einmal etwas gegen die Sowjetunion haben und die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland durch die Westanbindung leichter zu stabilisieren war als ohne Westanbindung, muss die Bundesrepublik alles mitmachen oder wenigstens politisch bejubeln, was die USA tun.

Vielmehr ist die Verinnerlichung solcher politischen Grundsatzentscheidungen immer auf eine Dimension der Legitimation angewiesen, die sich eines Vokabulars bedient, das die Existenz der politischen Kräftekonstellation und der aus ihr resultierenden Handlungszwänge nicht mitreflektiert und daher den Schein erzeugen hilft, es hätten ausschließlich Entscheidungen aus Freiheit sein können, die eine bestimmte politische Entwicklung eingeleitet hätten. Dieser Schein ist insoweit objektiv, als er in der eben erläuterten Weise notwendig ist.

Ein normatives Vokabular, das sich auf Vernunft und Freiheit meint gründen zu können, wird üblicherweise als Moral bezeichnet. Der Antikommunismus etwa, immerhin eine Leitideologie in der Bundesrepublik, kann nicht erfolgreich wirksam sein, wenn er nur als machtpolitischer Wille auftritt. Er ist auf moralische Diskreditierung sozialistischer Politik angewiesen – und hatte es zugegebenermaßen damit auch nicht so schwer gehabt.

Die moralischen Legitimationsmuster können nun durchaus ein gewisses Eigenleben führen; das ist eine Folge ihrer semantischen Abschließung gegenüber Machtverhältnissen. Elemente der Staatsräson können daher unterschiedliche Grade an Unempfindlichkeit gegenüber politischen Entwicklungen aufweisen. Betrachtet man die drei zentralen Säulen deutscher Außenpolitik – die Orientierung am transatlantischen Bündnis, die Alternativlosigkeit zur Europäischen Integration und die Solidarität mit dem Staat Israel – so ist es absolut kein Zufall, dass die Solidarität mit Israel den stabilsten Eindruck macht.

An die Wertegemeinschaft mit den USA glaubt keiner mehr so innig, die Europäische Integration erfolgt ohnehin nach einer Logik, die durch ein Primat nationalstaatlicher Interessenverfolgung charakterisierbar ist; aber wo es nichts zu rütteln geben soll, ist die Solidarität mit Israel.

Hier ist die moralische Komponente, die aus der deutschen Geschichte erwächst, so stark, dass sich

absehbar nichts ändern wird. Hier lohnt, zur Illustration, ein vergleichender Blick nach Frankreich. Frankreich kann es sich eben leisten, bei Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt etwas elastischer zu reagieren. Wenn in Frankreich eine Moral reklamiert wird, die mit der französischen Geschichte etwas zu tun hat, dann spielt die Kolonialgeschichte eine wesentlich größere Rolle als der Zweite Weltkrieg und erst Recht als die Nazidiktatur.

DIE LINKE in Deutschland sieht sich natürlich hier einem sehr vielschichtigen Problem gegenüber, das wirklich nicht so einfach zu lösen ist:

1. Die ideologiekritische Rückbindung der Moral an Machtinteressen geht mit der Gefahr einher, das Kind mit dem Bade auszuschütten, d.h. die Gültigkeit moralischer Einsichten zu unterminieren. Als mögliche Erklärung, warum die zu aufrechten Demokraten gewandelten ehemals aufrechten Nazis, die nun einmal einen Großteil der politischen Eliten der jungen Bundesrepublik stellten, einer Idee der Solidarität mit Israel überhaupt zugänglich gewesen sind, bleiben ideologiekritische Aufklärungen hilfreich. Aber das hebt die moralische Tatsache einer Verantwortung, die aus historischen Erfahrungen gespeist ist, nicht aus. Die gilt auch für uns.

2. Damit entschärft sich das Problem Staatsräson in gewisser Hinsicht. Dass eine politische Position den Rang einer Staatsräson innehat, macht sie für linke Diskurse immer ein wenig verdächtig. Aber in dem Fall der Solidarität mit Israel dominiert eine moralische Rechtfertigung einer politischen Prämisse gegenüber einer rein machtpolitischen. Ich denke wirklich, dass Adornos kategorischer Imperativ, alles zu tun, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, das politische Selbstbewusstsein der deutschen Demokratie nachhaltig geprägt hat. Gegen das linke Misstrauen gegenüber der Interessenbasis der Staatsräson sollte mit Nachdruck an den universellen Gehalt unserer Moralbegriffe erinnert werden.

3. Falls DIE LINKE diese Situation, dass die Solidarität mit Israel ein moralisch gut begründbares Element deutscher Staatsräson ist, anerkennen sollte, bleiben ihr für den Fall, dass sie ein Interesse an politischer Mitgestaltung hat, nur eine konsistente Option, die Anerkennung eines möglichen Vernunftgehalts moralischer Rechtfertigung politischer Prämissen, die dann mit der Entscheidung einhergehen müsste, diejenigen Wirklichkeitselemente, die sich tatsächlich auch vernünftig rechtfertigen lassen, nicht ändern zu wollen.

Die Solidarität mit Israel sollte zugleich immer auch eine kritische sein. Israel hat in seiner Geschichte des

öfteren das Völkerrecht verletzt, am vielleicht Einschneidendsten im Sechs-Tage-Krieg mit der Annexion Westjordanlands und den Golan-Höhen und durch die Siedlungspolitik.

Es hat Unrecht begangen und begeht es noch heute. Darunter leiden besonders die Palästinenserinnen und Palästinenser, die glauben dürfen, einen Teil jener Schuld auszugleichen, die Deutsche ausgleichen müssten. Daran zu erinnern, dass das Völkerrecht auch von Israel respektiert werden sollte und muss, das sollte und muss die Linke schon leisten.

Wenn man wie Israel Jahrzehnte lang fremde Territorien besetzt, verwaltet, nicht nur militärisch kontrolliert, trägt man auch die Verantwortung dafür, wenn es dort keine ausreichende Anzahl von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, Kultureinrichtungen und Arbeitsplätzen gibt. Auch das können und müssen wir sagen.

5. Zum Existenzrecht des Staates Israel

Neben der moralischen Rechtfertigung der Solidarität Deutschlands mit Israel als der stärksten Basis dieses Aspekts deutscher Staatsräson existiert noch eine weitere, ebenfalls vernünftige und weniger moralische, Begründung eines ausgesprochen aufgeschlossenen Verhältnisses zum Staat Israel. Sie scheint dort auf, wo der Versuch unternommen wird, das Existenzrecht Israels in verteidigender Perspektive zu thematisieren.

Hier schon, allein bei der Frage nach dem Existenzrecht Israels, scheiden sich häufig genug die Geister. Das ist ausgesprochen merkwürdig. Immerhin ist Israel ein von vielen anderen Staaten anerkannter Staat und Mitglied der Vereinten Nationen. Unter den Staaten, die als Erste Israel anerkannten, waren die USA und die Sowjetunion.

Was soll dann die Aufregung um das Existenzrecht Israels? Kein normaler Mensch diskutiert ernsthaft über das Existenzrecht der Schweiz. Das deutet darauf hin, dass es bei diesem Begriff „Existenzrecht“ überhaupt nicht um im engeren Sinne völkerrechtliche Aspekte geht, sondern um wesentlich unmittelbarere politische Fragen.

Schließlich sitzen die arabischen Staaten mit Israel in den Vereinten Nationen, andererseits haben die meisten arabischen Staaten mit Ausnahme Ägyptens und Jordaniens Israel nicht anerkannt und pflegen keine diplomatischen Beziehungen.

Die Anerkennung des Existenzrechts Israels weist eine weitere Dimension auf, die mit der europäischen Nationalstaatsentwicklung zu tun hat.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein dominierte ein Konflikt innerjüdische Debatten, der sich zwischen den

polaren Momenten „Aufklärung“ und „Tradition“ aufspannte. Die Partei der Aufklärung sah im modernen bürgerlichen Nationalstaat die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Integration als Staatsbürger; die Partei der Tradition sah hierin auch die Gefahr einer säkularen Entwertung der jüdischen Religion und Traditionen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mussten die Jüdinnen und Juden in Europa allerdings die Erfahrung der damals völlig neuen Ideologie des Antisemitismus machen, die ja mit dem christlichen Antijudaismus nicht gerade viel zu tun hat, sondern eher als Zurücknahme des Emanzipationsversprechens der bürgerlichen Rechtsstaatsidee interpretierbar ist. So jedenfalls wurde er von einigen jüdischen Intellektuellen wahrgenommen, die natürlich dem durch die Aufklärungsideologie vorgezeichneten Weg gern gefolgt wären, jedoch glaubten, diesen als Sackgasse ansehen zu müssen. Gleichzeitig waren sie immer noch Aufklärer genug, um ein Nationalstaatsprojekt zu entwerfen, also den Rückweg in die religiöse Orthodoxie nicht anzutreten. Genau das ist die geistige Situation, in der der Zionismus zwischen dem ausgehenden 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert sich herausbildete.

Daher hatte der Zionismus von Anfang an zwei innerjüdische Gegner: die aufklärerischen Integrationisten und die religiösen Traditionalisten. Letztere sahen die Jüdinnen und Juden – wenn schon als Volk – so doch nur im religiösen Sinn als das Volk Gottes, nicht jedoch als Nation in modernem Sinn, der nur eben gerade ein Staat fehlte. Die Aufklärungspartei sah im Zionismus eine Gefahr der staatsbürgerlichen Emanzipation der Jüdinnen und Juden, gewissermaßen als eine Art Einladung an die antisemitisch-reaktionären Kräfte, die staatsbürgerlichen Emanzipationsgewinne zurückzunehmen. Aus diesen beiden Quellen speist sich der jüdische Antizionismus.

Damals führte man also im Judentum eine Debatte über Sinn und Unsinn eines jüdischen Nationalstaatsprojekts. Es war die Zunahme des Antisemitismus, schließlich gipfelnd im Holocaust, die den aufklärerischen Hoffnungen jegliche Grundlage entzog.

Die gescheiterte politische Emanzipation der Jüdinnen und Juden in den europäischen Nationalstaaten und insbesondere der Holocaust haben das Projekt der Gründung eines jüdischen Nationalstaats zwingend erforderlich gemacht. Erforderlich in dem Sinne, dass die bürgerlichen Nationalstaatsentwicklungen unter Beweis gestellt hatten, dass die Zionisten mit ihrer Skepsis Recht hatten. Nach tausenden Jahren Ausgrenzung, Pogromen und dann der nationalsozialistischen Barbarei, das heißt der Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden, den Überlebenden des Holocaust zu empfehlen, nun doch auf die Emanzipation in anderen Nationalstaaten zu setzen, wäre wohl deutlich zu viel

verlangt gewesen. Und so stellte sich das jüdische Nationalstaatsprojekt als alternativlos dar.

Daraus resultiert auch die stabile Verantwortung für Israel. Alle modernen Nationen haben irgendwo einen antisemitischen Schandfleck in ihrer Geschichte. Aber der von den Deutschen durchgeführte Holocaust ist singular. Die Grundannahme des Zionismus, wenn die Jüdinnen und Juden eine Staatsmacht haben wollen, die sie auch wirklich schützen soll, dann nur in ihrem eigenen Staat, ist nach dieser historischen Entwicklung kaum noch ernsthaft bestreitbar.

Freilich, als der Zionismus sich bildete, galt Kolonialisierung noch als akzeptabler Weg. Als sich innerhalb der zionistischen Bewegung die Orientierung auf Palästina verfestigte, begann man den Plan einer Kolonialisierung dieses Gebiets schrittweise zu verwirklichen. Die jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer der ersten Generation in Palästina hatten damals noch überwiegend ein Interesse am Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung. Wahrscheinlich haben die jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer dabei so etwas wie antikoloniale Reflexe unterschätzt. Spätestens mit dem Ersten Massaker von Hebron (1929) wurde jedoch deutlich, dass die Realisierung eines jüdischen Staates nicht auf Gegenliebe stoßen würde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es seitens der USA und Westeuropa – außer in Großbritannien, das Gewaltexzesse im Mandatsgebiet Palästina befürchtete – keinen allzu großen Widerstand mehr gegen die Gründung eines jüdischen Staates. Die arabischen Staaten hatten ein viel zu geringes Gewicht, um dagegen effektiv etwas unternehmen zu können – außer den Weg des Krieges zu beschreiten.

Zusammenfassend heißt das: Erforderlich war das jüdische Nationalstaatsprojekt aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht, denn es konnte gerade angesichts des Scheiterns des bürgerlichen Emanzipationsversprechens im Antisemitismus und Nationalsozialismus nicht mehr ignoriert werden; belastet war es durch die Kolonialisierung Palästinas. Damit lassen sich unterschiedliche Bewertungen vornehmen. Diese haben die Frage nach dem Existenzrecht ausgelöst, und diese Frage, als Frage nach der Legitimität der Entstehung des Staates Israel, bestimmt den Konflikt um das Existenzrecht bis heute.

Gerade die demokratische Linke ist von dieser widersprüchlichen Lage betroffen. Ihr ist der Gedanke doch vertraut, dass die Zeit, in der das Bürgertum an seine Ideale noch euphorisch selber glaubte, längst einer vergangenen Ära angehört. Die zionistische Skepsis in den Aufklärungsoptimismus sollte die Linke ergo nachvollziehen können.

Aber die Linke sieht natürlich auch, dass die Gründung von Nationalstaaten häufig mit Unterdrückung einher

ging. Man muss sich aber deswegen nicht immer auf eine Seite schlagen. Wichtig ist vor allem, dass es zur Anerkennung der Legitimität des Staatswesens kommt, aber auch zur Anerkennung von Schuld an Opfern der Unterdrückung. Nur dann kann überhaupt eine Verständigung über praktikable Problemlösungen stattfinden.

Das Existenzrecht Israels, seine Anerkennung, gehört hier hin. Es ist in der Tat eine notwendige Bedingung für das Zustandekommen einer stabilen Friedenslösung. Aber auch das Flüchtlingsproblem, obwohl nicht von gleichem Rang, hat den Status einer notwendigen Bedingung für eine Friedenslösung.

Israel muss sich dazu durchringen, erst einmal anzuerkennen, dass es eine wesentliche Mitverantwortung am palästinensischen Flüchtlingsproblem trägt. Diese Anerkennung würde die Situation nur scheinbar komplizieren. Natürlich wäre ein klärungsbedürftiges Problem mehr auf dem Tisch, aber es wäre einer Klärung auch erst zugänglich, wenn es als Problem anerkannt wird. Und dieses Problem ist ja auch nicht dadurch vom Tisch, dass es von einer Seite nicht zur Kenntnis genommen wird.

Der Antizionismus kann, soviel folgt meiner Meinung nach aus dem bisher Gesagten schon, für die Linke insgesamt, für die Partei DIE LINKE im Besonderen, keine vertretbare Position sein, zumindest nicht mehr sein. Denn selbst wenn wir uns auf die Seite des aufklärerisch motivierten jüdischen Antizionismus schlugen, und anderes bliebe uns dann gar nicht übrig, wären wir doch mit dem Problem konfrontiert, eine der schrecklichsten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die den aufklärerischen jüdischen Antizionismus so gründlich als Illusion vorgeführt hat, ignorieren zu müssen.

Es gibt durchaus verständliche Gründe, den Zionismus nicht sympathisch zu finden. Er ist eine staatstragende Ideologie und er ist auch nationalistisch. Er führt manchmal auch zu massiven Einschränkungen in der faktischen Gleichbehandlung jüdischer und arabischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels. Schließlich bildete er gelegentlich Extreme aus, die terroristisch genannt werden müssen. Diese Entwicklungen werden ganz gewiss gefördert durch die permanente Bedrohungssituation, der die israelische Gesellschaft sich ausgesetzt sieht. Und damit hängt auch zusammen, dass das Militär und der Geheimdienst in Israel eine für moderne Demokratien doch außergewöhnlich dominante Rolle spielen. All dies muss gerade die Linke nicht sympathisch finden.

Ich möchte mir aber einen provokanten Vergleich gestatten, der zudem auch etwas kontrafaktisch ist. Deutschland ist einer allenfalls abstrakten terroristischen Gefahr ausgesetzt, die für Schäuble, Jung und andere Sicherheitsfanatiker schon Grund genug ist, beängstigende Angriffe auf liberale Bestände unserer Verfassung zu unternehmen. Wäre bei dieser Hysterie

eine rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland überhaupt noch denkbar, wenn Deutschland sich in einer mit der israelischen Gesellschaft vergleichbaren Bedrohungslage befände? Ich habe da große Zweifel. Daher anerkenne ich die Bewahrung demokratischer Verhältnisse – einschließlich einer demokratischen Öffentlichkeit – während der vergangenen 60 Jahre seit der Gründung Israels dort als eine wirklich große Leistung, die Bewunderung und Anerkennung verdient.

Freilich muss es Israel gelingen, aus der eskalierenden Gewaltspirale auszusteigen. Gerade weil Israel militärisch stärker ist, kann und muss es diesen Weg beschreiten. Aber vielleicht konfliktieren hier auch politisch mögliche Zielsetzungen mit militärisch-strategischen Interessen.

6. Die Linke, Israel und Palästina

Wenn auch nur die Hälfte dessen stimmen sollte, was ich bisher insbesondere zu den Verpflichtungen, die aus der deutschen Geschichte resultieren, gesagt habe, dann ist auch der Handlungsspielraum der deutschen Linken äußerst begrenzt. Generell gilt, dass wir uns primär auf die Politik der Bundesregierung beziehen. Die können wir für richtig oder falsch, für ausreichend oder nicht ausreichend halten. Entsprechend müssen unsere Aktivitäten ausfallen.

Diese speisen sich natürlich nicht nur aus den „Vorgaben“ der Bundesregierung. Kenntnisse erwerben wir nicht nur aus Unterrichtungen durch die Bundesregierung. Wir haben ja auch die Möglichkeiten, die sich aus einer Rezeption wissenschaftlicher Arbeiten und publizistischer Aufklärung ergeben, aber auch aus Informationsgesprächen mit verschiedenen politischen Repräsentanten. Das ist auch ein, aber wem sage ich das, wichtiges Arbeitsfeld für die Stiftung.

Gerade in parlamentarischen Aktivitäten sollten wir nur Forderungen formulieren, von denen wir überzeugt sind, dass wir sie, wenn wir in einer Bundesregierung wären, auch tatsächlich umsetzen. Da spielt eine zentrale Rolle, was ich zur Staatsräson sagte. Da gibt es Grenzen, die auch für uns gelten würden. Insbesondere trifft das auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit einer jeden denkbaren Bundesregierung zu. Solange sie die deutsche Vergangenheit als verpflichtend ansieht, wird sie im Nahostkonflikt nicht als neutral wahrgenommen werden. Ich habe das schon einmal hervorgehoben, in meiner Bundestagsrede vom 19.09.2006 zur Entsendung deutscher Truppen für die UN-Mission UNIFIL. Ich verwies darauf, dass bei einem Konflikt zwischen Israel und einem anderen Staat deutsche Soldaten die Letzten seien, die dazwischenstehen sollten. Jede Seite wird bei jeder Schwierigkeit einen historischen Bezug herstellen. Wenn man Blauhelme im Auf-

trag der UNO stellt, muss man hinsichtlich des Konfliktes neutral sein. Man muss gegenüber beiden Seiten die gleiche Glaubwürdigkeit besitzen. Die Bundesregierung ist nicht neutral und will es auch nicht sein. Ich wies darauf hin, dass auch niemand im Saal neutral ist, ich selbst auch nicht.

Aber es geht ja nicht nur um Wahrnehmungen und persönliche Einstellungen, es geht um reale Politik. Wieder auf den UN-Einsatz im Libanon bezogen, erklärte ich, dass gegen die Neutralität zweifellos spricht, dass die deutschen Soldaten Waffenlieferungen an die Hisbollah verhindern sollen, die Bundesregierung ihre Waffenlieferungen an Israel aber fortsetzt, bis hin zu U-Booten, die sogar mit Atomwaffen bestückt werden können.

Bereits an einem so überschaubaren Ereignis wie dem Libanonkrieg kann gezeigt werden, dass Deutschland immer als Sympathisant Israels wahrgenommen wird.

Politische Forderungen unsererseits, die das nicht berücksichtigen, bleiben abstrakt und scheitern von vornherein als Beitrag zu einer Problemlösung.

Wer nur *einen* Staat für Jüdinnen und Juden, Palästinenserinnen und Palästinenser mit demokratischer Struktur will, akzeptierte damit heute, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser die Mehrheit stellten, alles besetzten und die Verfolgungen, Unterdrückungen und Pogrome gegen Jüdinnen und Juden wie seit Tausenden von Jahren wieder begannen, nicht zu verhindern wären.

Wer dagegen *einen* Staat für Jüdinnen und Juden, Palästinenserinnen und Palästinenser ohne demokratische Strukturen unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen will, akzeptierte damit, dass Palästinenserinnen und Palästinenser unterdrückt werden und ein Apartheitsregime entstände.

Beides ist inakzeptabel.

Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten erfordert sicher und neben dem bisher Gesagten vor allem:

1. Es muss ein in jeder Hinsicht lebensfähiger Staat Palästina neben dem Staat Israel geschaffen werden. Beide Staaten müssen in sicheren und klar vereinbarten Grenzen existieren. Das geht nicht ohne die Auflösung der meisten Siedlungen von Israelis.

2. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge muss durch Israel anerkannt und mit Palästina gelöst werden.

3. Israel darf nicht weiter versuchen, kulturell Europa im Nahen Osten zu sein, sondern muss eine kulturelle Macht des Nahen Ostens werden.

4. Politische, wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und damit vor allem zivilgesellschaftliche Beziehungen müssen zwischen Israel und Palästina sowie den anderen Ländern des Nahen Ostens schrittweise aufgebaut werden, damit die Akzeptanz für Israel im Nahen Osten wächst, das Existenzrecht Israels nicht länger politisch angezweifelt und in Perspektive aus Feindschaft Freundschaft wird.

In diesem Sinne herzliche Glückwünsche an Israel zum 60. Jahrestag seiner Gründung.

Vortrag von Dr. Gregor Gysi auf einer Veranstaltung „60 Jahre Israel“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. April 2008.

In diesem Jahr sind bereits folgende »Standpunkte« erschienen:

1/2008

Hanno Balz

„Sympathisanten“ als politisches Feinsbild

2/2008

Ulrich Schachtschneider

Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei: Eine Analyse zum Stand der Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Forderungen

3/2008

Horst Dietzel

Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD – ein Vergleich

4/2008

Alexander Fischer

Kinderarmut verhindern – aber richtig!

Zur Rolle des Kindergelds bei der Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern

5/2008

Martin Fochler

Die CSU – das Modell einer »regierenden Partei«

6/2008

Jan Korte

»Kriegsverrat« – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?

7/2008

Wolfgang Grabowski

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russische Außenpolitik

8/2008

Irene Runge

Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende?

Alle „Standpunkte“ sind zu finden unter www.rosalux.de